

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pbbn d

Inhalt

Günter Verheugen MdB: Ein Jahr nach der Bonner Wende.
Seite 1
Freimut Duve MdB greift die Propagandatätigkeit des Verteidigungsministers an.
Seite 3

Renate Schmidt MdB wirft dem CDU-MdB Weiskirch Diffamierung der Friedensbewegung vor: Unter der Gürtellinie.
Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB fordert Verkehrsminister Dollinger auf, Pressionsversuche des Innenministers gegen die Bahn zurückzuweisen.
Seite 5

Egon Lutz MdB warnt die Bundesregierung vor Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes: Mütter werden in die Arbeitslosigkeit getrieben.
Seite 6

Fritz Sänger, früherer Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, ermuntert die Bürger zum politischen Gespräch über die deutschen Interessen.
Seite 7

38. Jahrgang / 178

16. September 1983

Es riecht nach Obrigkeitsstaat

Vor einem Jahr beendete die FDP eine Ära deutscher Nachkriegspolitik

Von Günter Verheugen MdB

Vor einem Jahr zerbrach die sozialliberale Koalition. Was man damals nur befürchten konnte, steht heute fest. Mit diesem Tag ist eine ganze Ära der deutschen Nachkriegspolitik zu Ende gegangen. Die Zusammenarbeit von SPD und FDP von 1969 bis 1982 hatte auf allen Gebieten der Politik einen freiheitlicheren, fortschrittlicheren Geist zum Durchbruch verholfen. Friedenspolitik und innere Reformen - das war 1969 in der Regierungserklärung von Willy Brandt ein Signal zum Aufbruch. Die quälende Schlußphase der sozialliberalen Koalition hat viele vergessen lassen, was in den Jahren zuvor erreicht worden war. Erst jetzt, wo sich zeigt, daß die Ergebnisse dieser Politik rückgängig gemacht werden sollen, werden die großen Leistungen jener Jahre wieder deutlicher.

Immer wieder hört man die Frage, wie das eigentlich geschehen konnte, daß so kurz nach dem eindrucksvollen Wahlsieg von 1980 ein gemeinsamer Weg nicht mehr gangbar war. Die Hauptverantwortung lag bei den Freien Demokraten. Teile der FDP-Führung waren angesichts der strukturellen Änderungen im deutschen Parteiensystem und im Wählerverhalten nervös geworden. Sie befürchteten, an der Seite der SPD keine Zukunft mehr zu haben. Das dürfte der tiefere Grund gewesen sein, warum der Lamsdorff-Flügel der FDP nicht bereit war, angesichts der sich abzeichnenden Beschäftigungskrise zusammen mit den Sozialdemokraten ein ökonomisch vernünftiges und sozial verträgliches Konzept zu entwickeln. Unter dem Einfluß des Wirtschaftsministers fiel die FDP in einen marktwirtschaftlichen Dogmatismus und in die rücksichtslose Vertretung wirtschaftlicher Einzelinteressen zurück.



Für diese Politik und diese Haltung hat sich der Begriff "Wende" eingebürgert. Ursprünglich war die Wende wohl anders gemeint gewesen. Genschers Brief vom Sommer 1981, mit dem dieser Begriff in die politische Diskussion eingeführt wurde, hatte die Option der Zusammenarbeit mit der SPD durchaus offen gelassen. Die andere Option war aber in verhüllter Form auch schon vorhanden. Unter der ständigen Drohung des Koalitionswechsels war eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Koalition schließlich nicht mehr möglich. Die Sozialdemokraten fühlten sich je länger desto stärker vom kleineren Partner erpreßt und empfanden daher in ihrer Überwiegenden Mehrheit den von Helmut Schmidt gesetzten Schlußpunkt am 17. September als eine Erlösung.

Ein Jahr später können die Ergebnisse besichtigt werden. Der kalte Machtwechsel unter Bruch eines Wahlversprechens und unter Verletzung eines Wählerauftrags gab der neu gebildeten Koalition die Chance nach einem Wahlkampf falscher Versprechungen und trügerischer Hoffnungen eine stabile Mehrheit zu gewinnen. Verlierer war - kurzfristig - die SPD. Die andauernde Untätigkeit der neuen Koalition auf dem innenpolitisch entscheidenden Gebiet der Beschäftigungspolitik hat jedoch schon jetzt einen deutlich erkennbaren Stimmungsumschwung in Gang gesetzt. Die Mehrheit der Rechtskoalition im Bundestag und im Bundesrat wird nicht eingesetzt, um mit kraftvollen Entscheidungen das Land aus der Krise zu führen, sondern dies ist eine Mehrheit, die sich selbst genügt und vielleicht am Anfang den eigenen Parolen geglaubt hat, ein Regierungswechsel genüge schon, um alles zum Besseren zu verändern.

Nach 16 Jahren Regierungsbeteiligung, davon 13 Jahre als führende Regierungspartei hat der Machtverlust für die SPD nicht nur schmerzliche Seiten. Die Opposition bietet die Chance, stabile Grundlagen, vor allen Dingen inhaltlicher Art, für stärkere Mehrheiten zu schaffen. Die SPD wird noch hart an sich arbeiten müssen, um dies zu erreichen, denn sie kann - jedenfalls im Augenblick - nicht damit rechnen, mit Hilfe eines Koalitionspartners die Regierung wieder zu übernehmen. Über die Entwicklung der Grünen läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen im Parlament nur spekulieren, und was die FDP angeht, so hat der Schwung der von ihr initiierten Wende sie an den rechten Rand des Parteienspektrums gebracht. Es ist kein Zufall, daß die sozialen Abbauthesen der CDU-Politiker Albrecht und George von der FDP-Führung beifällig kommentiert worden sind. Der Wirtschaftsflügel der Union und die FDP bilden innerhalb der Rechtskoalition eine Achse, gegen die sich diejenigen, die in der Union das soziale Gewissen verkörpern sollen, in keiner Weise durchsetzen können.

Was die Wende angerichtet hat, ist aber nicht nur der Abfall der FDP von der fortschrittlichen Tradition des deutschen Liberalismus. Entgegen der vielfach beschworenen und versprochenen Kontinuität ist die politische Wende eben doch total geworden. Schon das personelle Aufgebot ließ Böses ahnen: Zimmermann statt Baum als Innenminister, Engelhard statt Schmude als Justizminister. Da standen von Anfang an Namen für ein Programm, und noch sind die entwürdigenden Umstände nicht vergessen, unter denen die FDP-Führung ihre Verantwortung für eine freiheitliche Innen- und Rechtspolitik an der Garderobe der neuen Koalition abgelegt hat.

In der Außen- und Sicherheitspolitik wird der Bruch mit der sozialliberalen Politik zwar sorgfältig kaschiert aber die Akzentverschiebungen sind deutlich genug. Die neue Bundesregierung hat darauf verzichtet, die deutschen Sicherheitsinteressen in Moskau und Washington gleich nachdrücklich zu vertreten. Sie holt mit ihrer Politik,



auch wenn sie das Gegenteil behauptet, die von den Menschen in der Bundesrepublik nicht gewollten Raketen ins Land. Sie spricht nicht mehr von Entspannungspolitik, sondern sie spricht nur noch von Sicherheit in einem militärischen Verständnis. Friedenssicherung als politische Aufgabe tritt zurück hinter eine merkwürdige Ideologie geistiger und tatsächlicher Aufrüstung. Die Bundesrepublik war in der Regierungszeit von Helmut Schmidt ein geachteter Partner in der Weltpolitik. Nun verliert sie weltweit an Gewicht und Ansehen.

In der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verfolgt die Koalition - dies allerdings mit beachtlicher Beharrlichkeit - die Politik der Umverteilung von unten nach oben. Die wirtschaftlich Schwachen müssen einen Eingriff in Einkommen und Leistungen nach dem anderen dulden. Die wirtschaftlich Starken werden begünstigt. Was angeblich der Investitionsförderung und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen soll, bewirkt in Wirklichkeit nichts anderes als eine wieder schärfer werdende Konzentration der Geldvermögen in den Händen weniger. Daß diese Politik nicht sozial genannt werden kann, bedarf keiner näheren Begründung. Sie ist aber auch nicht liberal. Liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geht es ja darum, möglichst allen die gleichen Chancen zu eröffnen und Privilegien nicht zuzulassen.

Mit der Wende hat sich das geistige Klima in der Bundesrepublik verändert. Nicht nur mit Worten, sondern mit Taten haben Zimmermann, Engelhard, Geißler und viele, die desselben Geistes sind, das bewirkt. Es riecht nach Zensur wenn man die Zimmermannsche Kulturpolitik betrachtet; es riecht nach Obrigkeitsstaat, wenn man an die Änderungen des Demonstrationsrechts denkt, und es riecht nach Ausländerfeindlichkeit, wenn man die Asylpraxis sieht. Auf diesen Gebieten werden die liberalen Prinzipien unserer Verfassung geradezu mit Füßen getreten. Für die Sozialdemokraten ergibt sich daraus eine große Verantwortung. Die SPD muß jetzt allein dafür sorgen, daß die freiheitlichen und fortschrittlichen Zielsetzungen in der deutschen Politik weiter verfolgt werden. Sie hat das sozialliberale Erbe zu bewahren und weiter zu entwickeln.

(-/16.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Zwischen Kümmerlichkeit und Korrumptiertheit

Verteidigungsministerium oder Propaganda-Zentrale?

Von Freimut Duve MdB, Hamburg

Wo die Politik versagt, muß die Propaganda einsetzen. Verteidigungsminister Wörner (in Kenntnis der Gegnerschaft der Mehrheit unserer Bürger gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen) scheint im Verteidigungsministerium eine gefährliche Geschlechtsumwandlung vorzunehmen: Die dilettantische Geheimniskrämerei beim Aufbau der sogenannten Redaktionstruppe "Informationsdienst Sicherheitspolitik (ISP)" und das kaum glaublich niedrige Niveau der publizistischen Bemühungen empört viele, um ernsthafte Auseinandersetzung bemühte Offiziere und Experten auf der Hardthöhe und in den Führungsakademien der Bundeswehr.

Es schadet dem Ansehen der Bundeswehr, wenn sie politisch mißbraucht wird, für dubiose Propagandafeldzüge.

Da wird ein Ministerialrat Graf Schweinitz für die Propaganda abgestellt; da wird einem zweifelhaften "Büro für Publizistik-Verlag" ein Text geschrieben, der nicht einmal die Zahl der geplanten Pershings und Marschflugkörper richtig nennt; da wird einem Verlag Steuergeld zugeschustert für ein Produkt, das, ebenfalls mit Steuergeldern, von ministerial ernannten Pseudoschriftstellern im Ministerium geschrieben wurde. Das Machwerk wird in 200.000 Exemplaren gekauft und mit der Post verteilt.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die provinzielle Engstirnigkeit und intellektuelle Kümmerlichkeit der neuen Wörner-Führung, wenn sie sich so zur zentralen politischen Frage dieses Herbstes einläßt.

Da begründet Robert McNamara in "Foreign Affairs" seine Ablehnung der Stationierung von Pershings in Mitteleuropa; da befaßt sich der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker intensiv mit dem Nachrüstungsbeschluß; da melden sich Hunderte von Ärzten, Juristen, Wissenschaftlern zu Worte; da bemühen sich engagierte Offiziere auf Kirchentagen um eine offene Diskussion mit der Friedensbewegung - aber das Verteidigungsministerium ergreift die Broschuritis, besorgt sich Adressenlisten, wie es ein Hinterzimmerversandhaus für einschlägige Druckerzeugnisse auch nicht schlechter hätte veranstalten können.

Diese Angelegenheit, auch die Verbindungen zu dem sogenannten Verleger, dem Wörner-Parteifreund Günter Fraschka, der schon einmal wegen Falschaussage vor einem Untersuchungsausschuß des Bundestages zu Geldstrafen verurteilt worden war, wird den Bundestag noch beschäftigen. Das Verteidigungsministerium darf nicht für Propaganda und Wahlkreisaufträge seines Ministers mißbraucht werden. (-/16.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Willi Wackers Bürgerwehr

Schützenbruder Weiskirch zielt unter die Gürtellinie

Von Renate Schmidt MdB, Nürnberg

"... werden im Rahmen der Herbstkampagnen auch "Kirchenbesetzungen" geplant. Ob sich nicht für solche Fälle etwa die Schützenbrüderschaften darauf besinnen sollten, daß der Schutz der Kirchen einmal ihre ganz besondere Aufgabe war?"

Der das Ende August schrieb, war der CDU-Abgeordnete Willi Weiskirch. Er kann sich damit den Verdienst zuschreiben, einen besonders "originellen" Beitrag zu der christdemokratisch-christsozialen Diffamierungskampagne gegenüber der Friedensbewegung geleistet zu haben. Aber das muß man wohl auch von einem Abgeordneten erwarten, der in Bonn nicht nur als Vorsitzender des Deutschen Instituts für reines Bier e.V. bekannt ist, sondern auch in Amt und Würden eines verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht.

Herr Weiskirch hat es mit der oben genannten Anregung immerhin geschafft, den Gedanken einer Bürgerwehr, wie er offensichtlich auch in den Köpfen einiger Herren der Konservativen Aktion (Pachmann, Löwenthal unter anderem) herumspukt, in ganz neuer Weise publik zu machen. Die Genannten reden ja bekanntlich auch seit Wochen von nichts anderem als dem "roten Krawallpöbel" und den Terroristen, denen man nicht länger zusehen könne, wie sie unser schönes Land kaputt machten. Originalton Pachmann: "Wenn der Pöbel die Herrschaft der Straße übernimmt, müssen die anständigen Deutschen zur Selbsthilfe greifen."

Daß Weiskirch nun diese anständigen Deutschen ausgerechnet quasi als stehendes Heer bei den Schützenbrüderschaften vermutet, dürfte diese sicherlich ebenso überrascht haben wie die allgemeine Öffentlichkeit.

Das Schlimme ist nur, man gewöhnt sich an derlei abstruse Ideen. Dieses Mal war Weiskirch noch für einige (kleinere) Schlagzeilen gut, und die Reaktion auf ihn schwankt zu Recht zwischen fassungslosem Staunen und der Frage, ob der Mann das wirklich ernst meinen könne. Doch was wird beim nächsten Mal sein, wenn ein anderer Christdemokrat "noch einen drauf setzt"? Eine gezielte Diffamierungskampagne, wie wir sie seit Monaten beobachten können, lebt davon, daß sie ihre Thesen so oft wiederholt beziehungsweise geringfügig variiert, bis beim Bürger etwas "hängengeblieben" ist.

Dennoch: Es wird nicht gelingen, aus der Angst der Bevölkerung vor neuen Raketen und ihren Folgen eine Angst vor der Friedensbewegung zu machen.

Allerdings, wenn Weiskirch und andere so weitermachen, kommt zu der Angst vor den Raketen noch die Angst vor diesen Politikern hinzu. Wem wäre damit gedient?, um eine beliebte Frage einmal in anderem Zusammenhang zu stellen. (-/16.9.1983/ks/hgs)

- + +



Zimmermann übt Druck auf die DB aus

Keine Fahrpreisermäßigung für die Friedensdemonstrationen im Herbst

Von Klaus Daubertshäuser MdB, Lahn-Dill-Kreis

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Das Bundesinnenministerium versucht nachhaltig auf das Unternehmen Deutsche Bundesbahn einzuwirken, für die Friedensdemonstrationen im Herbst 1983 die üblichen Fahrpreisermäßigungen für die "Personenbeförderung zu Großveranstaltungen" nicht zu gewähren. Das Bundesinnenministerium hat die Deutsche Bundesbahn (DB) aufgefordert "von Preisnachlässen Abstand zu nehmen, wenn es sich um Veranstaltungen handelt, durch die erkennbar die Bundesregierung unter Druck gesetzt werden soll", und insbesondere für den Parlamentarischen Staatssekretär Spranger ist es offenbar unerträglich, daß "die Friedensbewegung an den Ermäßigungsmöglichkeiten der DB partizipiert".

Dieser Sachverhalt unterstreicht wieder einmal in eklatanter Art und Weise das eigenartige Demokratieverständnis der neuen politischen Spitze im Bundesinnenministerium. Wie sonst soll man das dort vorhandene Bemühen verstehen, die Ausübung verfassungsrechtlich geschützter Grundrechte mit Hemmnissen und Barrieren zu versehen.

Ich fordere Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger auf, sich unmißverständlich vor das Unternehmen DB zu stellen und derartige politisch unsittliche Ansinnen seines Kabinettskollegen Zimmermann entschieden zurückzuweisen, auch wenn dies Bestandteil der versprochenen "geistig-moralischen Wende" sein sollte. Die Deutsche Bundesbahn hat ihr betriebliches und tarifliches Angebot am geltenden Verkehrs- und Wirtschaftsrecht - und vor allem am Markt - zu orientieren - die DB darf nicht als parteipolitischer Büttel mißbraucht werden!

(-/16.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Jetzt sind die jungen Mütter dran

Mutterschaftsurlaubsgeld: Kürzung bis zur Unmöglichkeit

Von Egon Lutz MdB, Nürnberg

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

So viel steht immerhin fest: Erst einmal wird das Mutterschaftsurlaubsgeld gekürzt und dafür erhalten die Mütter das vage Versprechen, daß 1987 irgend etwas für alle Mütter geschehen wird. Was, verschweigt die Regierung. Und sie gibt sich auch sonst sehr bedeckt, wenn man fragt, was denn nun tatsächlich gekürzt werden soll. Will man das Mutterschaftsurlaubsgeld absenken und stattdessen die Bezugsdauer erhöhen? Will man's beim Regierungsentwurf belassen? Oder hat man gar noch ein ganz anderes Kaninchen im Hut, um Franz Josef Strauß ein Stück entgegenkommen zu können? Höfliches Schweigen der Verantwortlichen. Das macht die Beratung in den Fachausschüssen nicht gerade einfacher und hat einen Fernsehjournalisten zu der bissigen Bemerkung veranlaßt, man könne ja auch bei Beibehaltung des bisherigen Finanzvolumens das Mutterschaftsurlaubsgeld auf eine Mark absenken und stattdessen die Bezugsdauer auf 1.800 Monate ausdehnen.

In der Tat: Die Regierung irrt sich gewaltig, wenn sie glaubt, es ließe sich beliebig über die Absenkung des Mutterschaftsurlaubsgeldes reden, wenn man stattdessen die Bezugsdauer verlängere. Je niedriger der Satz, umso unmöglicher wird es für die Mütter, den Mutterschaftsurlaub in Anspruch zu nehmen und umso bedrückender werden die Lasten sein, die aus solchen Manipulationen auf die Haushalte der Städte und Gemeinden zukommen.

Schon jetzt, selbst wenn es nur bei den Vorschlägen der Regierung bleibt, werden sich nicht wenige Mütter die Frage stellen müssen, ob die 600 Mark monatlich ausreichen, um zuhause beim Kind bleiben zu können. Zumindest die alleinstehende Mutter wird zur Sozialhilfe gehen müssen. Und in den anderen Familien wird das große Rechnen anheben. Die Folge ist, daß viele Mütter zurück in den Betrieb gehen und daß andere Frauen entlassen und zum Arbeitsamt geschickt werden. Wenn die Beamten, die diese pfiffige Idee ihren Ministern eingeredet haben, gründlicher nachdenken würden, könnte ihnen möglicherweise der Gedanke kommen, daß es mit der finanziellen Entlastung nicht allzuweit her sein kann. Denn der Mutterschaftsurlaub kommt dem Staat sicher billiger zu stehen als die Arbeitslosigkeit. Aber das hieße in Zusammenhängen denken - dies ist aber nicht gerade eine der Stärken dieser Regierung.

Ganz sicher wäre ein Mutterschaftsurlaubsgeld von 450 Mark im Monat der Tod dieser Sozialleistung. Wer mit solchen Gedanken liebäugelt, wird sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, er denke in Wirklichkeit an die Beseitigung. Die Mütter würden geradezu in die Arbeitslosigkeit oder in die Sozialhilfe getrieben. Auf den Bund kämen neue Lasten zu, die Gemeinden müßten bluten und eine der bemerkenswertesten sozialen Errungenschaften der letzten zehn Jahre stünde nur noch als Merkposten in den Gesetzesblättern, mehr nicht.

Nun kann das ja die eigentliche Absicht jener sein, die solche Pläne hegen. Dann wäre es aber intellektuell redlicher, das offen zuzugeben. Denn die Vernebelungstaktik würde ohnehin nicht allzu weit tragen. Sehr schnell würde den Müttern die Fragwürdigkeit der neuen Konstruktion bewußt und ihre Empörung würde beträchtlich anschwellen. Also: Wer da über Reformen nachdenkt, sollte das Ende bedenken. (-/16.9.1983/ks/hgs)

+ + +



Jede Nation hat ihre eigenen Interessen

Wir lassen uns die Diskussion um deutsche Interessen nicht ausreden

Von Fritz Sänger

Die Sozialdemokraten führen in ihren Reihen ein politisches Gespräch. Sie wollen klären, wie auf eine neue weltpolitische Situation in jedem Fall und unter allen Umständen so reagiert werden kann und muß, daß der Frieden erhalten bleibt. Denn dabei muß es doch wohl bleiben daß der Friede das wichtigste, das eigentliche Ziel politischer Arbeit ist.

Theodor Heuß machte einmal in besorgter Weise darauf aufmerksam: Ein politisches Gespräch zu führen scheint für deutsche politische Arbeit die schwierigste Aufgabe zu sein. Sie lernen lieber ziellos. Der Umgang mit Tatsachen sei, so Heuß, für viele eine offenbar zu schwierige und nicht zu lösende Aufgabe.

Eine neue Situation ist in der Weltpolitik entstanden - Schuld hin, Verantwortung her -, und zwar durch die Politik des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und eines ihn umgebenden kleinen Kreises politischer Mitarbeiter. Sie steht heute im Gegensatz zu jener Politik, die 1955 von Amerika aus nach Zusammenarbeit strebte. In Genf war eine Konferenz der Außenminister der NATO und anderer Länder gescheitert. Der damalige Präsident der Vereinigten Staaten und seine Nachfolger haben sich sorgsam bemüht, eine Politik behutsamer Kontaktnahmen vorzubereiten, auch mit der Sowjetunion. Der Versuch, eine weltweite Entspannung zu erreichen, entwickelte sich aus diesem Bemühen.

Der amtierende Präsident aber hat, soweit greifbare Tatsachen oder gar Erfolge als Ergebnis erwartet werden konnten, diesen Weg kaum fortgesetzt. Seine oft als aggressiv gekennzeichnete, auf jedenfall rücksichtslos und unklug geführte, hektische Aktivität ging mehr auf Schlagtausch als auf politischen Ausgleich hinaus. Die Folge ist, daß das, was einst ein Bemühen um friedliche Lösung schwieriger Probleme war, nun zu der Furcht geraten ist, daß wieder einmal eine "Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel" zu drohen scheint. Die öffentliche Meinung, und nicht nur die in Deutschland, hat ein Grauen vor dieser Wirklichkeit, die Krieg bedeutet. Daß Franz Josef Strauß zum Beispiel wieder einmal jenseits von Vernunft und in alter und bekannter Manier alle Grenzen politischer Auseinandersetzungen überschreitet, braucht dabei kaum erwähnt zu werden.



Er spricht von gemeinsamen Grundlagen der westlichen Sicherheitspolitik und der Bündnispolitik, die angeblich von den Sozialdemokraten aufgegeben werden. Er behauptet, daß "Feindschaft mit den USA" gesucht werde. Er behauptet; "ein mieses Stück feiger Verlogenheit" und er spricht von "prosovjeterischer Position", die von der SPD bezogen worden sei. Vielleicht ist er morgen oder übermorgen dann wieder anderer, entgegengesetzter Meinung. Natürlich wird er sich zunächst heimlich, und später unheimlich für Deutschland und den Frieden offenbaren. Dieser nur seinem Ehrgeiz frönende Mann, so viel Unheil er vielleicht noch anrichten wird, könnte in Zukunft unbewertet bleiben. Er wird künftig kaum noch ernsthafte Überlegungen beitragen können, um ein politisches Gespräch zu fördern.

Strauß und viele andere fühlen sich offenbar als Mitläufer politischer Interessen anderer Mächte sicherer als in der Obhut verantwortlicher Überlegungen darüber, was dem deutschen Land dient, und welchen Interessen wir zu folgen haben. Seit den Besatzungszeiten haben sie nicht begriffen, was amerikanische Politiker immer von neuem wiederholt haben. Daß jede Nation ihre eigenen Interessen hat. Daß es nützlich und gut ist, solange wie möglich miteinander zu gehen. Daß es aber notwendig ist, die eigenen Interessen nicht anderen, auch nicht der Freunden, zu opfern. Und selbst der Bundeskanzler Adenauer hat diesen Grundsatz zu befolgen versucht.

Was ist jetzt zu tun. Intellektuelle Diskussionen mit noch so geschliffenen Argumenten sind keine Hilfe, um eine tief verschreckte Nation zu Erkenntnissen, zu Vertrauen in die Zukunft, zu Zuversicht zu bringen.

Die Sozialdemokratie ringt um Erkenntnisse. Sie diskutiert offen die politischen Chancen, den Frieden unter allen Umständen zu wahren. Wo bleiben andere Parteien mit ähnlich sichtbaren Diskussionen, die auch dort durchaus unterschiedliche Meinungen offenbaren? Deklamationen politischer Führer ersetzen das politische Gespräch, die Beteiligung der Bürger daran nicht. Solange der Bürger des Landes aber unbeteiligt bleibt, wird das Volk wieder einmal zu Objekten einer Führung. Meinungsdivergenzen dürfen nicht verdeckt werden. Sie müssen ausgetragen werden zum Nutzen für das Ganze. Wie lange lassen die Bürger in der Demokratie sich diese (nicht neue!) Methode bieten, da es doch um Frieden oder Krieg geht?

(-/16.9.1983/bgy/hgs)

+ + +

